

Marche de Pâques Suisse 2008

**Sans justice pas de sécurité -
Pour une protection face à la violence des armes**

Documentation de Presse

Délai d'attente: 24 mars 2008, 16h00

Marche de Pâques Suisse, 24 mars 2008

**Sans justice pas de sécurité -
Pour une protection face à la violence des armes**

Dans cette documentation vous trouvez les informations suivantes:

- Discours (allm.) de Rosmarie Zapfl, a. conseillère nationale, comité de l'initiative "Pour la protection face à la violence des armes "
- Notes (f) de Marianne Huguenin, Syndique de Renens
- Discours (allm.) de Reto Rufer, Amnesty International
- Informations générales sur la Marche de Pâques Suisse (allm.)
- Feuille de contacts orateurs et d'organisation

Si vous avez des autres questions, n'hésitez pas à nous appeler:

Avec nos meilleures salutations

Nina Regli, Sekretariat GSoA
079 438 10 58

Albert Rieger, Fachstelle OeME
031 313 10 13

Marche de Pâques Suisse 2008

Discours de Rosmarie Zapfl (allemand)

Ostern, man sagt, es sei das Fest der Freude und des Friedens. Man ist sich nicht ganz einig, woher das Wort stammt. Ob es vom jüdischen Passah Fest oder vom althochdeutschen Ostara, der Göttin des Frühlings, des Sonnenaufgangs der Auferstehung kommt?

Fest des Friedens – Millionen von Menschen sehnen sich nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Diese aus ökumenischen Kreisen entstandene Bewegung hat sich rund um die Welt aufgebaut. Es ist eine neue gesellschaftliche Bewegung die von Frauen, Randgruppen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Umweltaktivisten getragen wird. Tausende von Frauen und Männer setzen sich aktiv für den Frieden ein. Es gibt Partnerschaften für den Frieden, Organisationen und Zusammenschlüsse, die sich für den Erhalt des Friedens und der menschlichen Sicherheit stark machen. Trotzdem gibt es keinen Erdteil, keine Region, in der nicht Konfliktherde ja sogar Kriege die Menschen traumatisieren.

Aus diesem Grunde sind Veranstaltungen wie die des heutigen Ostermarsches so wichtig, um die Menschen zu sensibilisieren für das, was in unserer Gesellschaft und weltweit abläuft mit Diskriminierung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen.

Als Politikerin bin ich täglich mit Situationen konfrontiert in denen die Frage der Menschlichkeit, der Menschenwürde und der Gerechtigkeit zur Diskussion stehen.

Wie weit wurde die Menschenwürde berücksichtigt bei der Verschärfung des Asylgesetzes? Haben Menschen mit einer anderen Hautfarbe nicht die gleichen Rechte und die gleiche Würde die es zu berücksichtigen gilt, wie wir sie für uns einfordern? Haben Mütter, die auf der Flucht sind, nicht die gleichen Bedürfnisse und Rechte wie eine Mutter die in Zürich oder Bern wohnt? Beide wollen für ihr Kind das Beste, dass es in Frieden und Sicherheit leben kann. Wie lange können wir es noch verantworten, dass auf der Welt alle acht Sekunden ein Kind an den Folgen von Hunger stirbt?

Oder haben Frauen, die ohne Papiere in die Schweiz gelotst werden, um als Sexobjekte Geld für ihre Vermittler zu verdienen, keine Rechte? Die Schweiz hat, wie andere Länder auch, die Menschenrechtskonvention unterschrieben. Diese gilt nicht nur für Schweizerinnen und Schweizer, die gilt ebenso für verschleppte und geschändete Frauen, die unseren Städten unter schlimmen Bedingungen arbeiten. Deshalb versuchen wir mit der Aktion EURO 08 die Sicherheit dieser Frauen zu verbessern.

Wo bleibt die Menschlichkeit bei Leuten, die Kinder schänden, aufs Schlimmste ausnutzen und ohne Liebe und Zuneigung aufwachsen lassen? Hier müssen wir bereit sein, strengste Gesetze zu verabschieden, um solche Verbrecher zu bestrafen. Die Gesellschaft hat hier die Aufgabe einzugreifen, das Tabu vor der Intimsphäre der Familie fallen zu lassen und sich für die Schwächsten stark zu machen. Die Gesellschaft, das sind einzelne Menschen, das sind sie und ich, die sich in ihrem Umfeld dafür einsetzen.

Sind Familienmitglieder die der Gewalt des Partners ausgesetzt sind, erst schutzbedürftig, wenn sie mit dem Leben bedroht werden oder ernsthaft verletzt sind?

Pro Jahr werden in der Schweiz 85 Menschen ermordet. Erschreckend ist, dass 60% all dieser Tötungsdelikte innerhalb der Familie geschehen. Jeden Tag stirbt in unserm Land ein Mensch durch eine Schusswaffe. Das löst viel Leid bei den Familienangehörigen aus. Die Schweiz gehört zu den Ländern mit der grössten Selbstmordrate. Die leichte Verfügbarkeit von Schusswaffen in unserm Land erhöht massiv das Risiko, dass Menschen zur Waffe greifen. Frauen, die in der Familie der Gewalt ausgesetzt sind, leben in ständiger Angst. Die Schusswaffe im Keller oder im Estrich ist ein ständige Drohung, mit der sie oft jahrelang leben. Bedrohte Frauen suchen oft Schutz in Frauenhäusern. Jede 5. Frau die 2005 im Frauenhaus Basel Zuflucht suchte, wurde mit der Waffe bedroht. Jeder Mann und jede Frau muss sich nach Amokläufen, Familiendramen und Selbstmord mit der Waffe die Frage stellen, reicht es, dass wir uns darüber entsetzen, muss nicht endlich die Verfügbarkeit der Waffen in Frage gestellt werden.

Es ist Aufgabe des Staates die Menschenrechte aller Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das heisst, dass der Staat alle geeigneten Massnahmen treffen muss, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern. Die Forderungen der Frauen an Bundesrat und Parlament sind klar.

Die Aufbewahrung von Armeewaffen zu Hause ist zu verbieten, es ist ein zentrales Waffenregister einzuführen und der Zugang zu Schusswaffen ist zu erschweren.

Mit der Unterzeichnung der Initiative gegen Waffengewalt tragen Sie dazu bei, dass diese Forderungen erfüllt werden.

Es gibt nicht nur Negativmeldungen zum Thema Menschlichkeit. Es gibt auch Meldungen die von Menschlichkeit berichten. So haben 2005 tausende Frauen auf den Friedensnobelpreis gehofft. Für ihre Arbeit in Projekten die dem Frieden und der Sicherheit in ihren Ländern dienen, sollten sie mit dem Preis belohnt werden. Belohnung für den im kleinen und grossen erschaffenen Frieden, für den sie sich zum Teil seit Jahren einsetzen. Ich denke an die Aerztin in China, welche die Regierung anklagte, weil sie in Spitälern Blut einsetzte, das mit dem Aidsvirus verseucht war und an dem Hunderte von Menschen erkrankten und starben. Sie musste für ihren Mut jahrelang ins Gefängnis. Ich denke an die Frau aus Treblinka, die im Krieg mit ansehen musste, wie ihr Mann und ihre beiden Söhne erschossen wurden. Sie gründete einen runden Tisch mit allen Ethnien in ihrer Region die sich bekämpft hatten. Diese Frauen versuchen nun gemeinsam, die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten um ein friedliches und sicheres Leben zu gestalten. Viele der tausend Frauen sind für ihren Einsatz im Gefängnis gelandet, einige von ihnen bereits ermordet. Ein Teil von ihnen geht, geächtet von der Gesellschaft, ihren Weg weiter. Diese Frauen wurden mit dem Projekt öffentlich gemacht. Den Preis haben wir und diese Frauen nicht bekommen, schade. Weltweit wurde jedoch ein Echo ausgelöst das zeigt, wie viele Menschen im Hintergrund für Frieden und Sicherheit tätig sind.

Vor diesem ganzen Hintergrund fordere ich die Einhaltung der Menschenrechte, in der Schweiz und weltweit. Dazu gehört die Gleichstellung von Frau und Mann, nur so kann sich Frieden entfalten. Das gilt im ganzen gesellschaftlichen Leben, auch in den Religionen. Keine Religionsfreiheit steht über den Menschenrechten. Da haben wir Christen noch viel zu tun, bis diese Gerechtigkeit verankert ist.

Der Satz "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" wird uns alle begleiten in unserem menschlichen Dasein. Er soll uns auch herausfordern, damit wir einstehen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit in unserer Welt, für Frieden und Sicherheit für alle.

Rosmarie Zapfl-Helbling 24.3.08
a. Nationalrätin

Curriculum Rosmarie Zapfl-Helbling

Rosmarie Zapfl ist seit 1974 politisch tätig. Als Mitglied der CVP wurde Sie 1974 ins Dübendorfer Parlament gewählt, 1977/78 war sie deren Präsidentin. 1978 – 1990 Mitglied des Stadtrates, der Exekutive, und hat dort das Ressort Tiefbau- und Planung geleitet. Sie war Präsidentin der Städtischen Baukommission und verschiedener Zweckverbände wie Planungsgruppe Glattal, Klär- und Verbrennungsanlage, Spitalverband etc. 12 Jahre lang hat sie die Bezirksjugendkommission und den Zweckverband Sozialdienste für Erwachsene des Bezirkes Uster präsiert.

Während fünf Jahren war sie Präsidentin des Kath. Frauenbundes Zürich.

1995 -2006 Nationalrätin 1999 – 2006 Mitglied des Europarates, Rosmarie Zapfl war 8 Jahre Vizepräsidentin der CVP.

Rosmarie Zapfl war bis 2007 Präsidentin der Hochschule für Soziale Arbeit Zürich.

Seit 2005 Präsidentin der alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen

Seit 2006 Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik

Seit 2006 Präsidentin der Allianz Hunger

Marche de Pâques Suisse 2008

Notes de Marianne Huguenin

Je me propose d'aborder les thèmes suivants que je résume ici et que je développerai lors de mon discours:

Le discours sécuritaire dominant actuel renforce la violence : il stigmatise et exclut.

Jeunes, immigrés en sont les victimes.

Les médias mettent en évidence les faits divers violents impliquant des jeunes d'origine étrangère en les réduisant à la nationalité des personnes impliquées. Par contre, lorsqu'une arme d'ordonnance tue, comme c'est le cas 280 fois par année en Suisse, ces homicides sont présentés comme une fatalité, comme un « dérapage individuel ». On ne dit pas « un officier suisse allemand a tué son épouse », on ne parle pas de « culture », mais d'un individu.... Mais quand un jeune albanais a commis un délit, on parle des jeunes albanais en général.

Dans ce sens, l'initiative pour enfermer les armes militaires dans les casernes est une mesure de base, essentielle, de prévention de la violence.

Et il est frappant que les mêmes milieux prompts à vouloir tout sécuriser en ciblant les jeunes étrangers soient ceux qui s'opposent le plus violemment à cette initiative !

Sans justice, sans égalité des droits, sans place pour tous dans la société, il ne peut y avoir de paix. Et ne pas agir pour lutter contre les inégalités, les discriminations, l'exclusion, ne peut qu'augmenter la violence.

En outre, je souhaite parler de la non-violence dans les luttes politiques, dire son actualité, y compris pour moi en tant que militante de gauche. La non violence n'est ni la passivité, ni la résignation. Elle peut et doit être une manière de mener des luttes larges, populaires, rassembleuses. Gandhi et Martin Luther King sont riches d'enseignements, pour les marxistes aussi.

Marianne Huguenin

Marche de Pâques Suisse 2008

Discours de Reto Rufer, Amnesty International (allemand)

Wenn wir die Geschichte der Ostermärsche Revue passieren lassen, blicken wir auf eine bemerkenswerte Geschichte und eine irgendwie auch bemerkenswerte Entwicklung:

In der Hoch-Zeit der Ostermärsche in den 80-er-Jahren ging es um das wahnwitzige atomare Wettrüsten und damit um die hypothetische zig-fache Zerstörung der ganzen Welt. Die Neulancierung der Berner Ostermärsche erfolgte vor dem Hintergrund des grössten Kriegseinsatzes der grössten Militärmacht der Welt seit Vietnam – dem von den USA unter Einsatz aller möglichen High-Tech-Waffen (ausser den atomaren) geführten Irak-Krieg. Der diesjährige Ostermarsch steht unter dem Motto „Schutz vor Waffengewalt“. Wir wenden uns damit gegen die leider alltäglichen Folgen von Waffenmissbrauch und unkontrolliertem Waffenbesitz und Waffenhandel. Im Zentrum stehen dabei weniger Atom- und Hightechwaffen als vielmehr „ganz normale“ konventionelle Kleinwaffen wie Gewehre – dies hier im schweizerischen Alltag und in den vielen mehr oder minder vergessenen Konflikten weltweit.

Dies ist kein Zufall: Trotz weiterhin bestehender atomarer Bedrohung, trotz Hightech-Waffen sind es „ganz normale“ Kleinwaffen, welche das grösste real wirkende Massenvernichtungsmittel darstellen: 90% der weltweit rund 30 Mio Opfer, welche bewaffnete Konflikte seit 1945 gefordert haben, gehen auf das Konto des Einsatzes von Pistolen, Gewehren, Granatwerfern, Maschinengewehren etc. Heute sind rund 640 Millionen derartiger Waffen in Umlauf, rund 1250 Unternehmen – davon einige auch in der Schweiz – profitieren vom weltweit weitgehend unkontrollierten Waffenhandel.

Für Amnesty ist es beim Postulat „Für den Schutz vor Waffengewalt“ ganz besonders wichtig, die Brücke zu schlagen von den Schmidtschen Sturmgewehren in Schweizer Estrichen zur Problematik der Folgen unkontrollierten internationalen Waffenhandels: Seit 2003 führt Amnesty zusammen mit zwei anderen NGO's weltweite Kampagne „Control Arms“: „Control Arms“ fordert ein internationales Abkommen zur strikten Kontrolle des Waffenhandels, einen „Arms Trade Treaty“ (ATT). 2006 stimmten in der UNO 152 Staaten grundsätzlich für die Schaffung eines ATT, diesen Herbst steht nun die Abstimmung über die Aufnahme konkreter Verhandlungen an. Im Hinblick darauf wird „Control Arms“ wieder globale Aktionen starten: Ziel ist ein ATT, der Waffentransfers verbieten würde etwa nach Myanmar, wo das Militär elementarste Menschenrechte mit Füßen tritt, oder nach Eritrea oder Pakistan, wo 20 bzw. 50% des Bruttosozialprodukts in die Rüstung fliessen und so bei der Bekämpfung von Hunger, beim Aufbau eines tragfähigen Gesundheitsvorsorge und Bildungssystems fehlen.

Die Schweizer Regierung hat sich bisher auf internationaler Ebene stets für einen ATT stark gemacht – diesbezüglich würde sie also der Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“ bereits nachleben, die in der Verfassung festschreiben würde, dass sich der Bund auf internationaler Ebene dafür einsetzt, dass die Verfügbarkeit von Kleinwaffen und leichten Waffen eingeschränkt wird.

Aber ist die Schweiz als Fürsprecherin internationaler Waffenkontrolle glaubhaft als Land, das Hunderttausende Sturmgewehre in Umlauf belässt (von denen Tausende „verschwinden“...), den privaten Waffenbesitz und –handel kaum einschränkt und kontrolliert und sich einem totalen Verbot von Cluster-Bomben mit Rücksicht auf ein schweizerisches Rüstungsunternehmen bislang widersetzt? Rhetorische Frage -kaum:

Wenn schon Länder wie die Schweiz – privilegiert, fernab von kriegerischen Konflikten – dem Geist eines Vertrags zur Kontrolle des weltweiten Waffenhandels selbst nicht nachlebt, wird es ein solcher schwer haben, sich international durchzusetzen. Gerade wir müssten im Kleinen, im trauten Heim, vorleben, was im Grossen, weltweit, wachsen soll. Amnesty unterstützt die schweizerische Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“ deshalb nicht allein aus einer rein schweizerischen Perspektive, sondern gerade auch mit Blick auf die Kampagne „Control Arms“ und das Ziel einer strikten Kontrolle des weltweiten Waffenhandels. Mit Ihrer Anwesenheit, ihrer Teilnahme am diesjährigen Ostermarsch, setzen Sie, liebe Anwesende auch hierfür ein ganz wichtiges Zeichen!

Reto Rufer

Marche de Pâques Suisse 2008

Informations générales sur la marche de Pâques Suisse

1

Der Berner Ostermarsch findet 2008 zum sechsten Mal statt. Begonnen hat diese Tradition vor fünf Jahren - im Jahr 2003 als Ausdruck des Protest gegen die Invasion im Irak.

2003: Eine friedliche Welt ist möglich – Internationale Solidarität für eine gerechte Welt

2004: Gewalt überwinden – Internationale Solidarität für eine gerechte Welt

2005: Stoppt Gewalt gegen Frauen – Gewalt hat nicht das letzte Wort

2006: Frieden heisst genug für alle – Anders wirtschaften statt ausgrenzen – für die Globalisierung der Gerechtigkeit

2007: Gemeinsam gegen weltweite Aufrüstung! Kultur des Friedens und Völkerrecht statt Politik und Geschäft mit dem Krieg.

2008: Gerechtigkeit schafft Sicherheit – Für den Schutz vor Waffengewalt

2

Der Berner Ostermarsch ist nunmehr der einzige Ostermarsch in der Schweiz. Bis vor kurzem wurden auch im Basler Dreiländereck und am Bodensee Ostermärsche durchgeführt. Deshalb ist der OstermarsCH 2008 erstmals ein gesamtschweizerisches Projekt. Er wird deshalb 2008 auch erstmals zweisprachig durchgeführt.

3

Der Berner Ostermarsch versteht sich in der Tradition der Ostermärsche, die in den 60er Jahren auch in der Schweiz gegen die atomare Aufrüstung und den Vietnamkrieg durchgeführt wurden. Die neuen Ostermärsche werden automatisch zu einer Referenz an die früheren Bewegungen im Zeichen von „Nie wieder Krieg!“.

4

Der Berner Ostermarsch steht auch in einem losen Bezug zu den nach wie vor zahlreichen Ostermärschen in verschiedenen Ländern, insbesondere in Deutschland. Inhaltlich decken sich gerade in diesem Jahr die Anliegen gegen die Führung von neuen Kriegen „gegen den Terror“ und für das Völkerrecht sehr stark. Siehe: www.ostermarsch.info

5

Der Ostermarsch greift immer wieder die Themen von sozialen Bewegungen und aktuelle Kampagnen der beteiligten Organisationen auf. So steht er seit Beginn im Kontext der „Dekade zur Überwindung von Gewalt 2001 – 2010“ des Ökumenischen Rates der Kirchen, so wurde 2005 die Kampagne von Amnesty International „Stoppt Gewalt gegen Frauen“ aufgenommen, 2007 die GSoA-Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ oder dieses Jahr die Initiative „für den Schutz vor Waffengewalt“.

6

Der Berner Ostermarsch vereinigt seit der ersten Stunde Menschen verschiedener Herkunft: Kirchliche und friedenspolitische Stellen und Bewegungen arbeiten Hand in Hand zusammen und haben in den vergangenen Jahren eine Kultur der gegenseitigen Annäherung und Kooperation geschaffen. Dies führt dazu, dass am Ostermarsch junge und alte, ländliche und städtische, politisch bewegte und kirchlich engagierte Frauen und Männer gemeinsam unterwegs sind.

Das andere Osterlied von Kurt Marti, das auf dem Flyer des ersten Ostermarsches abgedruckt war, bringt die spirituellen und politischen Dimensionen des Friedensmarsches an Ostern zusammen:

das könnte den herren der welt ja so passen
wenn erst nach dem tode gerechtigkeit käme

(..)

doch ist der befreier vom tod auferstanden
ist schon auferstanden und ruft uns jetzt alle
zur auferstehung auf erden
zum aufstand gegen die herren
die mit dem tod uns regieren

7

Der Berner Ostermarsch verfügt seit 2007 über die Homepage www.ostermarsch-bern.ch oder www.marchedepaques.ch auf welcher aktuelle Informationen und die Geschichte der letzten fünf Jahre dokumentiert sind.

Matthias Hui, Fachstelle OeME, 29.3.07

Rahel Ruch, GSoA, 19.03.08

Marche de Pâques Suisse 2008

Contacts orateurs/organisation

Orateurs

Rosmarie Zapfl 079 425 54 31

Marianne Huguenin, 079 424 38 42

Reto Rufer, Amnesty International 079 671 04 17

Organisation

Albert Rieger, Fachstelle OeME 031 313 10 13

Nina Regli, GSoA 079 438 10 58